

Zusatzblatt Arbeitsvertrag für ausländische Auszubildende

Dieses Zusatzblatt ergänzt den Berufsausbildungsvertrag

zwischen

Anschrift Arbeitgeber

vertreten durch
Geschäftsführer

Name

Und

Herrn/Frau

Name

geboren am

Geburtsdatum

Ausbildungsberuf

Beruf

§ 1 Aufenthaltsrechtlicher Status

Der Ausbildung liegt folgender aufenthaltsrechtlicher Rahmen zugrunde (zutreffendes ankreuzen):

- ☐ **Visum / Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung** nach § 16a AufenthG (Drittstaat)
- ☐ **Ausbildungsduldung** nach § 60c AufenthG (3+2-Regelung)
- ☐ **Aufenthalt zur Ausbildungsplatzsuche** nach § 17 AufenthG (Übergang in § 16a vorgesehen)
- ☐ **EU/EWR-Freizügigkeit** (Abschnitte 2 und 4 entfallen)

Aufenthaltstitel gültig bis

Ausstellende
Ausländerbehörde

§ 2 Aufschiebende Bedingung (Visumvorbehalt)

(1) Der Berufsausbildungsvertrag wird erst wirksam, wenn der/die Auszubildende das für die Aufnahme der Ausbildung erforderliche Visum bzw. den erforderlichen Aufenthaltstitel vorlegt.

(2) Wird das Visum bzw. der Aufenthaltstitel nicht bis zum _____ erteilt, können beide Parteien ohne Einhaltung einer Frist vom Vertrag zurücktreten. Ansprüche wegen Nichterfüllung entstehen in diesem Fall nicht.

(3) Verschiebt sich der Ausbildungsbeginn wegen der Dauer des Visumverfahrens, vereinbaren die Parteien einvernehmlich einen neuen Beginn und teilen diesen der zuständigen Kammer mit.

§ 3 Sprachstand und Sprachförderung

Nachgewiesenes
Sprachniveau (GER)

Zertifikat (Institut, Datum)

(1) Die Parteien vereinbaren das Ziel, das Sprachniveau des/der Auszubildenden während der Ausbildung weiterzuentwickeln (Zielniveau: _____).

(2) Hierzu wird vereinbart (zutreffendes ankreuzen):

- ☐ Teilnahme an einem Berufssprachkurs (BSK) des BAMF, ausbildungsbegleitend
- ☐ Freistellung für den Sprachkurs im Umfang von _____ Stunden pro Woche
- ☐ Kostenübernahme durch den Betrieb: ☐ vollständig ☐ anteilig _____ % ☐ entfällt (geförderter Kurs)

§ 4 Mitwirkungspflichten zum Aufenthaltsstatus

(1) Der/die Auszubildende verpflichtet sich, den Aufenthaltstitel während der gesamten Ausbildung aufrechtzuerhalten, Verlängerungen rechtzeitig (Empfehlung: spätestens drei Monate vor Ablauf) zu beantragen und den Betrieb über Änderungen des Status unverzüglich zu informieren.

(2) Der Ausbildungsbetrieb unterstützt bei Behördenangelegenheiten in zumutbarem Umfang, insbesondere durch Bescheinigungen und, soweit vereinbart, Begleitung bei Terminen.

(3) Beide Parteien sind sich bewusst: Bei vorzeitiger Beendigung der Ausbildung eines/einer Auszubildenden mit Ausbildungsduldung ist der Betrieb gesetzlich verpflichtet, dies der zuständigen Ausländerbehörde unverzüglich, in der Regel innerhalb von zwei Wochen, schriftlich mitzuteilen.

§ 5 Datenschutz (Art. 6, 88 DSGVO)

(1) Der Betrieb speichert eine Kopie des Aufenthaltstitels sowie die für das Ausbildungsverhältnis erforderlichen Nachweise ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten und zur Durchführung des Ausbildungsverhältnisses.

(2) Der Zugriff ist auf die mit der Ausbildungsverwaltung betrauten Personen beschränkt. Nach Ende des Ausbildungsverhältnisses werden die Unterlagen gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht.

§ 6 Betreuung und Ansprechpersonen (optional)

Feste Ansprechperson / Pate
im Betrieb

Zuständig für Behördenfragen
(HR)

Optional vereinbart (zutreffendes ankreuzen):

- ☐ Unterstützung bei der Wohnungssuche durch den Betrieb
- ☐ Bereitstellung einer Unterkunft durch den Betrieb (separate Vereinbarung erforderlich, *nicht* Bestandteil dieses Zusatzblatts)
- ☐ Regelmäßige Feedbackgespräche im Abstand von _____ Wochen

§ 7 Schlussbestimmungen

Dieses Zusatzblatt ist Bestandteil des Berufsausbildungsvertrags. Bei Widersprüchen gehen die gesetzlichen Regelungen und der Hauptvertrag vor.

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift Arbeitnehmer/in

Unterschrift Arbeitgeber

Dieses Muster dient ausschließlich als Orientierungshilfe und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, Richtigkeit oder Aktualität. Es handelt sich hierbei um einen Standardentwurf, der nicht die individuellen Besonderheiten eines konkreten Einzelfalls berücksichtigt.

Die Verwendung der Vorlage ersetzt keine juristische Beratung. Um sicherzustellen, dass die vertraglichen Regelungen rechtswirksam sind und auf Ihre spezifischen Bedürfnisse, empfehlen wir dringend, den Vertrag vor der Unterzeichnung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt oder Fachanwalt für Arbeitsrecht prüfen zu lassen.

Wir übernehmen keine Haftung für Schäden oder rechtliche Nachteile, die durch die Verwendung, Anpassung oder das Vertrauen auf dieses Musterdokument entstehen.